

Bundeswehr wird Itterbeck-Depot verkaufen

Der Freizeitpark in Itterbeck rückt näher. Die Bundeswehr ist bereit, ihr Depotgelände in Itterbeck zu verkaufen. Das teilte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Heubaum nach einem Gespräch, das sie mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium geführt hat, mit. Demnach wird das Bundesvermögensamt „grünes Licht“ für den Verkauf der 127 Hektar großen Liegenschaft erhalten.

„Damit ist der Weg für den holländischen Investor, der in Itterbeck einen Freizeitpark ansiedeln möchte, frei. Er kann umgehend in die Kaufverhandlungen für das Depotgelände eintreten“, sagte Heubaum, die sich über die „prompte und unbürokratische Freigabe“ des Geländes durch das Bundesverteidigungsministerium erfreut zeigte. Die Bundestagsabgeordnete hatte den zügigen Verkauf der Bundeswehrliegenschaft in den vergangenen Wochen unterstützt und im Zusammenhang mit den Plänen des niederländischen Investors von einer guten Chance für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesprochen. Nach Angaben Heubaums wird die Bundeswehr das Gerätedepot noch

bis zum Jahre 2005 nutzen. Der niederländische Investor habe aber die Möglichkeit, seine Pläne für einen Freizeitpark auf dem zuvor freierwerbenden Areal vorab zu verwirklichen. Im Rahmen einer Bereisung mit der Sprecherin des Arbeitskreises Tourismus der SPD-Bundestagsfraktion Brunhilde Irber ließen sich die Bundespolitikerinnen vor Ort in Itterbeck das Projekt erläutern. Frau Irber war nach der Besichtigung des Depotgeländes von der Sinnhaftigkeit des Vorhabens überzeugt. Der Uelser Samtgemeindedirektor Hermann Warrink versäumte es nicht, Monika Heubaum für ihr erfolgreiches Engagement für Itterbeck einen herzlichen Dank auszusprechen.

KOMMENTAR:

Bildungsreform bietet Chancen

Nach CDU und SPD fordern nun auch Bündnis 90/Die Grünen die Abschaffung der Orientierungsstufe. Damit wird dieser Schulform von allen im Landtag vertretenen Parteien keine Zukunft mehr gegeben. Leider hat die CDU keinen eigenen Gesetzentwurf abgegeben und verharrt in der allgemeinen Kritik, ohne konkret zu werden, bei B90/Die Grünen sind zumindest einige sinnvolle Ansätze zu erkennen. Die SPD setzt jedoch mit dem Aufbau zusätzlicher gymnasialer Angebote ganz auf die Stärkung der ländlichen Räume.

Dadurch werden auch für die Grafschaft gute Entwicklungschancen geschaffen. Das heißt konkret, Uelsen, Emlichheim und Neuenhaus sollten sich, ebenso wie Schüttorf und Bad Bentheim, auf eine gemeinsame Planung verständigen und nicht durch Kirchturmspolitik gute Ansätze für Schülerinnen und Schüler unmöglich machen. In Nordhorn ist eine vernünftige Abstimmung zwischen Landkreis und Stadt Nordhorn erforderlich, damit in Nordhorn die Möglichkeit eines weiteren allgemeinen Gymnasiums an einem Schulzentrum geschaf-

fen wird, wodurch ein positiver Wettbewerb entstehen kann. Ziel bleibt es für die Grafschafter SPD und die SPD-Landtagsfraktion, die Entwicklungschancen insbesondere in den ländlichen Räumen zu verbessern. Wir wollen einen höheren Anteil an gymnasialen Abschlüssen vor Ort, wohnortnah. In dem wir diesen Anteil deutlich erhöhen, erhöhen wir auch die Chancengleichheit und Durchlässigkeit für weiterführende Schulabschlüsse in der Grafschaft.

SPD lässt arbeitslose junge Menschen nicht alleine

Frage: Frau Heubaum, Ihr Arbeitsschwerpunkt in Berlin ist die Außenpolitik. Sie sind im NATO-Parlament aktiv, gehören der Deutsch-Kanadischen Parla-

reiche JUMP-Programm wird fortgesetzt. Jeder Euro, der hier investiert wird, ist gut investiertes Geld. Für 2003 ist das

mentariergruppe an, deren Vorsitzende sie sind, und bekleiden das Amt der Vizepräsidentin des Unterausschusses „Ost-West-Zusammenarbeit und Konvergenz“ der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Das ist die große Weltpolitik pur. Die Belange unserer Region haben Sie dennoch fest im Blick. Hierzu zwei kurze Fragen. Was passiert eigentlich in unserer Region und speziell in der Grafschaft zum Stichwort Jugendliche ohne Job“?

Heubaum: Mit dem „Sonderprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – JUMP“ haben wir bereits erfolgreich Perspektiven für Jugendliche geschaffen. Bis heute haben 1.108 Jugendliche im Arbeitsamtsbezirk Nordhorn eine neue Chance bekommen. Und das SPD-Regierungsprogramm garantiert, dass wir diese Politik auch in der nächsten Legislaturperiode engagiert fortführen und ausbauen werden. Das erfolg-

JUMP-Programm im bisherigen Umfang bereits beschlossene Sache, und ab 2004 werden die zentralen und wichtigsten Teile von JUMP sogar auf Dauer fortgeführt. Hierzu gehören:

- das Nachholen des Hauptschulabschlusses,
- Arbeit und Qualifizierung für nicht ausbildungsgeeignete Jugendliche,
- Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche, die über keinen Berufsschulabschluss verfügen oder die eine außerbetriebliche Ausbildung absolviert haben,
- Prämien von 2000 Euro für den Wechsel von einer außerbetrieblichen in eine betriebliche Ausbildung.

Denn: Insbesondere Benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene bedürfen einer besonderen Förderung bei der Ausbildungsplatzsuche. Das gleiche gilt an der zweiten Schwelle, beim Übergang von der Ausbildung in das erste Arbeitsverhältnis. Wir wollen, dass jeder Jugendliche in Deutschland nach der Schule ein Angebot für Ausbildung oder Beschäftigung erhält. Nehmen wir die Grafschaft Bentheim: Hier gab es am Ende dieses Quartals in diesem Jahr 993 gemeldete Ausbildungsstellen, bei einer Bewerberzahl von 976. Das ist doch eine positive Bilanz.

Frage: Was gibt es noch an Neuigkeiten aus Berlin für unsere Region?

Heubaum: Na, auf jeden Fall das erleichterte Aufstellen von Hinweisschildern auf touristische Sehenswürdigkeiten entlang der Autobahnen. Diese bisher nur sehr spärlich aufgestellten braunen Schilder können jetzt, nach einem Beschluss des Tourismusausschusses, alle zehn Kilometer angebracht werden. Damit können jetzt auch touristische Sehenswürdigkeiten auf Hinweistafeln dargestellt werden, die nicht direkt an der Autobahn liegen. Da sollten wir auf jeden Fall dranbleiben...